V-45 Von AfD bis Trump: Angriffe auf Zivilgesellschaft stoppen

Antragsteller*in: Daniel Freund (KV Aachen)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

20 Millionen Deutsche. So viele Menschen sind Mitglieder in Vereinen. Laut Umfragen engagieren sich 44% der Deutschen zivilgesellschaftlich. Sie engagieren sich täglich für unsere Gesellschaft, organisieren Feste, Wettkämpfe und die freiwillige Feuerwehr. Sie treten für soziale und globale Gerechtigkeit ein, in der Kultur, im Sport, in einer Religionsgemeinschaft, für Menschenrechte, für Gleichstellung und gegen Ausgrenzung, für ihre Berufsgruppe, für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, für den Tierschutz und vieles, vieles mehr. Diese Begegnungen und dieses ehrenamtliche Engagement sorgen nicht nur für weniger Einsamkeit, sondern leisten einen wichtigen Beitrag für das Allgemeinwohl. Sie leben Demokratie.

International wird zunehmend versucht, Vereine und zivilgesellschaftliche Organisationen zu diskreditieren. Diese Entwicklung macht auch vor Deutschland und Europa keinen Halt. Bei uns säht vor allem die AfD und ihr rechtsextremes Umfeld Misstrauen gegen die Zivilgesellschaft und verbreitet Verschwörungserzählungen. Engagement für das Gemeinwohl wird gezielt diskreditiert und Menschen werden eingeschüchtert. Davon getrieben, diffamieren aber auch die CDU/CSU und die FDP solche Organisationen, die sich gegen Rechtsextreme und für Demokratie, Freiheit und Vielfalt stellen, oder zweifeln, ob sie auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen. Deshalb müssen wir die Rechte von Vereinen und anderen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) schützen und sie gegen immer stärkere Angriffe verteidigen.

Vereine und andere Formen zivilgesellschaftlicher Kooperationen waren immer schon politisch und haben unser Land vorangebracht: Schwarz-Rot-Gold waren die Farben einer organisierten Studenten- und Bürgerbewegung für ein vereintes, demokratisches Deutschland statt eines Flickenteppichs kleiner Königreiche und Fürstentümer. Die Europaflagge hissen Bürger*innen in Deutschland, Rumänien, Bulgarien, Serbien, Italien, die sich organisieren gegen Korruption, für saubere Politik - und teils auch ausdrücklich für mehr Europäisches Zusammenwachsen.

Arbeiter*innen haben sich in Gewerkschaften zusammengeschlossen und Solidarität und Rechte, wie den 8-Stunden Tag, bezahlten Urlaub und die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall erreicht. Umweltorganisationen haben den Atomausstieg und die Heilung vergifteter Flüsse erreicht. Die Landfrauen haben viel für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen auf dem Land und die Gleichberechtigung von Frauen erreicht.

Die Nationalsozialisten sahen die Zivilgesellschaft als Feind und verboten Gewerkschaften und Landfrauen zu Gunsten gleichgeschalteter Ersatzorganisationen. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben die Mütter und Väter des Grundgesetzes in gemeinsamer antifaschistischer Haltung unseren deutschen Staat deshalb auf den Schutz der Demokratie, der Würde des Menschen, der

Rechtsstaatlichkeit, der Freiheit, des Friedens verpflichtet und auf den Schutz derer, die sich für diese Werte versammeln.

Die AfD und ihr rechtsextremes Umfeld hetzen sehr gezielt gegen Vereine und Nichtregierungsorganisationen (NGOs), weil sie sich politisch engagieren und die AfD immer wieder für ihre menschenverachtenden Positionen deutlich kritisieren. Dieses Recht, Parteien zu kritisieren, will die AfD Vereinen und zivilgesellschaftlichen Organisationen absprechen. Sie denunziert ein Großteil des zivilgesellschaftlichen Engagements und versucht selbst, Zivilgesellschaft für die eigenen politischen Zwecke zu vereinnahmen. Das Ziel der AfD ist eine apolitische Gesellschaft, in der sie die Deutungshoheit hat und Gegenargumente keinen Resonanzraum finden.

Die Unterstellung, dass zivilgesellschaftliche Organisationen der verlängerte Arm einer Partei sind oder eine Parallelstruktur der Regierung, ist diffamierend - und gefährlich. Es ist die Verschwörungserzählung von einem “Tiefen Staat”, die von Rechtsextremen schon lange genutzt wird, um demokratische Akteure zu diskreditieren. Solch eine Schwächung der Zivilgesellschaft gehört zum 1x1 von Autokraten wie Donald Trump in den USA, Wladimir Putin in Russland, Viktor Orban in Ungarn oder Javier Miliei in Argentinien, die alle die eigene Zivilgesellschaft verunglimpfen, rechtlich behindern und Finanzierung entziehen.

Attacken auf NGOs werden umso gefährlicher, wenn sie aus demokratischen Parteien kommen. Seenotrettungsorganisationen werden inzwischen auch von Konservativen ohne sachliche Grundlage diffamiert, die finanzielle Unterstützung wird von der Merz-Regierung gestrichen. Am Tag nach der letzten Bundestagswahl forderte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Bundesregierung durch eine Anfrage auf, die Finanzierung und politische Neutralität zivilgesellschaftlicher Organisationen wie die Amadeu Antonio Stiftung oder Neue deutsche Medienmacher*innen zu überprüfen (Drucksache 20/15035). Solche Angriffe sind ein Angriff auf zivilgesellschaftliches Engagement. Sie stellte die Finanzierung dieser Organisationen in Frage. Die Botschaft war: Misstraut der Zivilgesellschaft. Aber auch in Regierungsverantwortung setzt die Union diese Kampagne fort und säht Misstrauen u.a. gegenüber zivilgesellschaftlichen Organisationen, die am Bundesprogramm „Demokratie leben!“ teilnehmen. Das ist verantwortungslos und spielt in die Hände der Feinde der Demokratie.

Die finanzielle Förderung von zivilgesellschaftlichen Organisationen hat viele gute Gründe. Zum einen erfüllt die Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle beim Schutz der Demokratie, die gerade nötiger ist denn je. Mehr als die Hälfte politisch motivierter Straftaten in 2024 waren rechtsextrem motiviert, 50 Prozent mehr als im Jahr davor. Die Szene tritt organisiert, offen, zunehmend selbstbewusst und gewaltaffin auf. Narrative von rechtsextremen Akteuren treffen immer seltener auf Widerstand, teilweise sogar auf Akzeptanz. Rechtsextremistische Radikalisierung betrifft immer mehr Kinder und Jugendliche, befeuert durch soziale Medien und Messengerdienste. Seit 2020 steigt die Zahl der Jugendlichen, die politisch rechts motivierte Straftaten begangen haben stetig an. 2024 hat sich die Zahl zu 2023 sogar verdoppelt. Die dringend nötige Prävention für demokratische Resilienz von Kindern und Jugendlichen erfordert zivilgesellschaftliche Akteure, die diese gesellschaftliche Aufgabe mit staatlicher Förderung übernehmen und zu wichtigen Orten demokratischer Sozialisation werden.

Zum anderen sind Vereine und andere zivilgesellschaftliche Organisationen oft auch die einzigen, die sich für Gemeingüter wie eine saubere Umwelt oder den Schutz von Verbraucherinteressen einsetzen, wenn Gesetze verhandelt werden. Wenn Ministerien und Abgeordnete zu Gesetzesvorschlägen um Rat suchen, antworten meist vor allem Lobbyisten finanzstarker Industrien, zum Beispiel großer Banken. Aber die Stimmen von Bankkunden, Verbrauchern oder der Natur fehlen. Diese Vertretungen haben viel weniger Geld und Mitarbeiter zur Verfügung. Im März 2025 allein hatten Firmen und Wirtschaftsverbände 1790 Lobbytreffen mit der EU-Kommission, NGOs nur 406. Laut EU-Verträgen sind die EU-Institutionen verpflichtet, allen Bürgerinnen und Bürgern die gleiche Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Um dieser Pflicht in der knappen Beratungszeit von Gesetzen für 450 Millionen Europäer*innen gerecht werden zu können, müssen zivilgesellschaftliche Organisationen in die Lage versetzt werden, das große Übergewicht finanzstarker Einzelinteressen zumindest ein Stück weit auszugleichen.

In der letzten EU-Legislatur war der Green Deal ein großer Erfolg der Klimabewegung. Einige Konzerne und Superreiche reagieren darauf nun, indem sie die Angriffe der AfD und anderer Rechtsaußen-Parteien in ganz Europa auf die Zivilgesellschaft stützen. Die Angriffe von Rechtsextremen und Konservativen im Europäischen Parlament konzentrieren sich auf die Fördermittel für die Zivilgesellschaft, vor allem im LIFE Programm, das Finanzierungsinstrument der EU für Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen. Daraus fließen 15,6 Millionen Euro jährlich an zivilgesellschaftliche Akteure, die sich darum bewerben und umfangreich ordnungsgemäße Ausgaben belegen müssen. Die Vorwürfe, dass NGOs nicht transparent arbeiten oder Geld falsch verwenden, sind längst widerlegt. Weder die Europäische Kommission noch der Europäische Rechnungshof haben auch nur eine einzige Unregelmäßigkeit festgestellt. Dennoch haben die CDU/CSU mit Unterstützung rechter Parteien wie der AfD im Europaparlament ein Extra-Gremium zur Untersuchung von NGOs eingerichtet. Wo kein Skandal ist, wird einer konstruiert – auf Kosten von Demokratie, Zivilgesellschaft und der Glaubwürdigkeit des Europäischen Parlaments.

Auch einzelne Firmen erhalten erheblich mehr EU-Gelder als alle NGOs zusammen. Die EU-Kommission hat in den vergangenen fünf Jahren mehr als 330 Millionen Euro an Unternehmen des US-Milliardärs Elon Musk überwiesen.

Großes Geld darf nicht den demokratischen Diskurs bestimmen und Klagen schlagkräftiger Rechtsabteilungen dürfen nicht dazu missbraucht werden, Kritik mundtot zu machen. Wenn legitimes zivilgesellschaftliches Engagement mit den Mitteln des Rechtsstaats unterdrückt werden kann, bedarf es einer zusätzlichen gerichtlichen Kontrolle. Denn Demokratie lebt von kritischer Öffentlichkeit.

Die Zahlen und Fakten zeigen: Rechte und Rechtskonservativen Parteien geht es beim Kampf gegen die Zivilgesellschaft nicht um Wirtschaftlichkeit, nicht um Sparmaßnahmen oder Rechtsstaatlichkeit oder Transparenz. Es geht Ihnen darum, politisch Andersdenkende zu diskreditieren. Damit sägen sie an einem Grundpfeiler der Demokratie. Wer in dem Glauben agiert, nur bestimmte NGOs oder Teile der Zivilgesellschaft zu attackieren, verkennt, dass Angriff auf Gemeinnützigkeit und Co. alle Vereine, NGOs und zivilgesellschaftliche Akteure treffen.

Dem stellen wir einen Plan für den Schutz der Zivilgesellschaft entgegen:

1/ Wir wollen die Förderung zivilgesellschaftlicher Arbeit zur Demokratieförderung, Verteidigung einer vielfältigen Gesellschaft, Prävention von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und politischen Bildung als staatliche Daueraufgabe von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung festschreiben. Zudem braucht es für die nachhaltige Wirkung zivilgesellschaftlicher Arbeit mehr Verlässlichkeit bei der Gewährung von Fördermitteln. Das Programm „Demokratie leben!“ muss deshalb finanziell abgesichert und ein Demokratiefördergesetz verabschiedet werden.

2/ Wir müssen zivilgesellschaftlich engagierte Menschen besser vor Angriffen und Anfeindungen schützen: Es braucht Ansprechstellen zur konkreten, persönlichen Unterstützung wie auch einfache Möglichkeiten zur Beantragung von Auskunftssperren im Melderegister.

3/ Wir fordern ein europäisches Vereinsrecht, das vor Autokraten wie Viktor Orbán schützt. Bisher gibt es keine europaweite Gemeinnützigkeit für Nichtregierungsorganisationen und Vereine auf europäischer Ebene. Das wollen wir ändern.

4/ Die EU hat im April 2024 eine Richtlinie „über den Schutz von Personen, die sich öffentlich beteiligen, vor offensichtlich unbegründeten Klagen oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren“ beschlossen. Diese sog. „Anti-SLAPP-Richtlinie“ muss nun so umgesetzt werden, dass sie missbräuchlichen Prozessführung in der Praxis tatsächlich verhindert, und freie Wissenschaft, Medien und Zivilgesellschaft schützt.

5/ Wir sorgen für Transparenz bei Finanzierung und Einflussnahme auf die Zivilgesellschaft und setzen uns zum Beispiel für die Offenlegung von Lobbykontakten ein.

6/ Verbandsklagerechte für zivilrechtliche Organisationen bewirken viel positiven gesellschaftlichen Fortschritt: für Verbraucher*innen, für den Abbau von Benachteiligungen, für Umwelt- und Naturschutz oder für den Tierschutz. Den Plänen der schwarz-roten Koalition, Verbandsklagerechte einzuschränken, stellen wir uns entgegen. Sie sind Errungenschaften unseres Justizsystems und müssen ausgebaut werden, zum Beispiel im Bereich Antidiskriminierung.

Begründung

Rechtsaußen Politiker haben Angst. Sie haben Angst davor, dass sich Menschen organisieren, versammeln und austauschen. Angst vor mehr als 20 Millionen Deutschen. So viele Menschen sind Mitglieder in Vereinen. Sie organisieren Feste, Wettkämpfe und die freiwillige Feuerwehr. Diese echten Begegnungen sorgen nicht nur für weniger Einsamkeit. Mit ihren gewählten Vorständen und Gremien sind Vereine auch gelebte Demokratie. Deshalb sät die AfD und ihr Umfeld Misstrauen gegen die Zivilgesellschaft, verbreitet Verschwörungserzählungen - und treibt die CDU/CSU dabei vor sich her. Deshalb müssen wir die Rechte von Vereinen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) schützen und sie gegen immer stärkere Angriffe verteidigen.

weitere Antragsteller*innen

Erik Marquardt (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Terry Reintke (KV Gelsenkirchen); Konstantin von Notz (KV Herzogtum Lauenburg); Misbah Khan (KV Bad Dürkheim); Sergey Lagodinsky (KV Berlin-Pankow); Anna Cavazzini (KV Chemnitz); Jutta Paulus (KV Neustadt-Weinstraße); Rasmus Andresen (KV Flensburg); Alexandra Geese (KV Bonn); Schahina Gambir (KV Minden-Lübbecke); Boris Mijatovic (KV Kassel-Stadt); Irene Mihalic (KV Gelsenkirchen); Lukas Benner (KV Aachen); Christian Beck (KV Berlin-Mitte); Volkhard Wille (KV Kleve); Diana Hein (KV Düsseldorf); Sibylle Steffan (KV Berlin-Neukölln); Wiltrud Lieselotte Kampling (KV Steinfurt); Carsten Rossenhövel (KV Berlin-Mitte); sowie 131 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.